

Editorial – Thema der Woche

Montag, 3. Juli 2017

Sind das jetzt Krokodilstränen? Die Bank der Leistungserbringer im Gemeinsamen Bundesausschuss tobt über die einstimmige Ablehnung ihres Kandidaten Lars Lindemann als unparteiisches GBA-Mitglied durch den Gesundheitsausschuss des Bundestages. Dabei dürfte das eigentliche Ziel (zumindest der Deutschen Krankenhausgesellschaft) erreicht sein: Abschluss der bisherigen Amtsträgerin Regina Klakow-Franck. Hatte sich diese doch in den von ihr geleiteten Unterausschüssen – DMP, ASV und sektorenübergreifende Qualitätssicherung – als allzu sachorientiert und wenig zugänglich für Funktionärsinteressen erwiesen. Dass mit dem (einkalkulierten?) Sturz des Kandidaten Lars Lindemann auch gleich der Kandidat der Kassenseite, Uwe Deh, in den Strudel gerissen wurde, kann von der Leistungserbringerseite gleich noch als (ebenfalls einkalkulierter?) Kollateralnutzen verbucht werden.

Und die Bilanz: verheerend. Drei maximal beschädigte Personen (Lars Lindemann als Strohmann der Intrige wird's verschmerzen) und eine maximal beschädigte Selbstverwaltung, die einmal mehr bestätigt hat, dass ihr interne Machtspielchen allemal wichtiger sind als systemorientierte Integrität, ein offener Blick auf Patientenbedürfnisse und Versorgungseffizienz sowie der kluge, kompromissbereite Ausgleich der daraus resultierenden unterschiedlichen Interessen. Man ahnte es bereits, aber selten ist dieses „Schmoren im eigenen Saft“ offensichtlicher zutage getreten als mit dem jetzigen Personalgemetzel, das bislang noch keinen erkennbaren Sieger sondern nur Verlierer auf dem Schachbrett zurücklässt.

Was wäre zu tun? Ich fürchte nichts. Der Gesundheitsausschuss des Bundestages hat deutlich gezeigt, dass er diese Entwicklung mit kritischem Auge beobachtet und notfalls sein entschlossenes Veto einzubringen bereit ist. Mehr sollte es bitte nicht sein.

Aufgerufen sind also vielmehr die Selbstreinigungskräfte der GKV-Selbstverwaltung, um einen Funktionärssumpf trocken zu legen, dessen Fokus sich schon lange nicht mehr an den Kernzielen der Gesetzlichen Krankenversicherung zu orientieren scheint. Eine bislang noch eher schweigende Basis hätte sich wohl zu Wort zu melden (und durch entsprechendes Wahlverhalten zu handeln), um erkennbar deutlich zu machen, dass die Berliner Machtspielchen nicht in ihrem Namen erfolgen, und die von innen heraus einen Neuanfang initiiert. Bislang jedoch ist auch davon leider wenig zu sehen.

Auffällig war aber schon, wie schweigsam die einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen auf die Berliner Vorgänge reagierten. (Ausnahmen bestätigten hier eher die oben bereits kritisch angesprochenen Regeln...) Aber auch mit der DKG muss etwas passieren. Denn dass ein eingetragener Verein die Geschicke des größten Kostenblockes in der GKV regelt, ist mehr als nur anachronistisch. Die internen Machtstrukturen, die sich aus dieser Rechtsform ergeben, haben sich inzwischen schon mehrfach als nicht wirklich gesellschaftlich tragfähig erwiesen. Und schließlich wäre auch nach der Verfasstheit des GKV-Spitzenverbandes zu fragen. Dort nämlich prägen nicht etwa Kassenvorstände in Versorgungsverantwortung die Geschicke, sondern die jeweiligen Verwaltungsratsfunktionäre, denen es letztlich eher um Arbeitgeber- und Arbeitnehmer- als um Patientenbelange geht.

Also: Die Aufsicht der Politik wurde zu Recht installiert und sie hat funktioniert. Es bleibt zu hoffen, dass die GKV-Akteure aller Lager daraus die richtigen Schlüsse ziehen und die innere Kraft zur Erneuerung finden. Dann könnte aus dem Debakel um die Besetzung der unparteiischen GBA-Mitgliederposten noch etwas Gutes erwachsen. Die persönliche Beschädigung und das zynische Spiel mit Posten, Karrieren und Menschen bleiben. Mit diesem Odeur werden die klüngelnden Strippenzieher leben müssen.